

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

AfD

Betreff

Linksextremismus in Stuttgart: Handlungsbedarf auf allen Ebenen

Wir beantragen:

Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat zeitnah zu folgenden Fragen:

1. Wie viele registrierte linksextremistische Akteure gibt es in Stuttgart? Wie hoch wird die Dunkelziffer (Schläfer) eingeschätzt?
2. Welche Maßnahmen ergreifen Stadtverwaltung und Polizei, um Straftaten durch linksextreme Gewalttäter zu verhindern, wie z. B. den mörderischen Angriff auf Andreas Ziegler (Zentrum Automobil) durch die bereits bekannten Täter Dyar Akpinar und Joel Simon Petzold im Mai 2020?
3. Wie schätzen Stadtverwaltung und Polizei linksextreme Gruppierungen oder Strukturen in Stuttgart ein? Gibt es neben dem Hausprojekt Lilo Herrmann noch andere bekannte Treffpunkte, Veranstaltungen oder Organisationen?
4. Welche Konzepte und Projekte existieren zur Prävention linksextremer Radikalisierung, und wie erfolgreich sind diese? Welche Maßnahmen sind bereits etabliert, und welche könnten in Zukunft ergänzt werden?
5. Wie werden Personen und Institutionen, die häufig Ziel linksextremer Bedrohungen sind, in Stuttgart geschützt, wie beispielsweise Personen jüdischen Glaubens, die dem offen artikulierten Antisemitismus von „Pro-Palästina“-Bewegungen in Verbindung mit dem linksextremen Spektrum ausgesetzt sind? Wie gestaltet sich die aktuelle Gefährdungslage?

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland hat aus ihrer historischen Verantwortung nach den Verbrechen des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur, die beide auf sozialistischen Ideen beruhten, die Verpflichtung, aktiv gegen jegliche Form von Extremismus - insbesondere den Linksextremismus - und dessen ideologische Grundlagen vorzugehen. Das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung darf nicht nur in Worten, sondern muss auch in konkretem Handeln sichtbar werden.

Der Linksextremismus expandiert rapide und ist eine der größten Bedrohungen für unsere Gesellschaft, wie zahlreiche Vorfälle in den letzten Jahren zeigen.

Insbesondere die zunehmende Vernetzung durch Festivitäten wie das „Umsonst & Draußen“ verschärfen die Lage.

Kritikfähigkeit statt Verharmlosung

Ein großes gesellschaftliches Problem ist die Verharmlosung linksextremer Strömungen, die oft als "unpolitisch" oder "protestorientiert" dargestellt werden. Diese Narrative verhindern eine sachliche und notwendige Auseinandersetzung mit den Gefahren des Linksextremismus. Dabei möchten wir klarstellen, dass die überwältigende Mehrheit der in Stuttgart lebenden Menschen die Werte von Freiheit und Demokratie teilt. Es ist jedoch unabdingbar, konsequent gegen jene vorzugehen, die diese Werte offen bekämpfen.

„Palästinasolidarität“ und Antisemitismus

Als „Israelkritik“ verharmloster Antisemitismus und überbordende sog. „Palästinasolidarität“ sind wesentliche Bestandteile im dogmatischen Linksextremismus und müssen entschlossen bekämpft werden. Linke Gruppierungen wie „Queers for Palastine“ oder „The Boycott, Divestment, Sanctions (BDS)“ zeigen, dass antisemitische Ressentiments in internationalen linken Kreisen offen propagiert werden und regelmäßig auch in der Aufforderung zur Gewalt münden.

Transparenz und Öffentlichkeit

Ein weiteres Problem stellt die Vernetzung linksextremer Gruppen dar, die zunehmend auch in scheinbar harmlosen Vereinen oder Organisationen Fuß fassen. Daher ist es notwendig, die Aktivitäten solcher Gruppierungen zu analysieren und für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Dazu muss auch die kritische Auseinandersetzung mit einer oft einseitigen Berichterstattung der Massenmedien beitragen.

Gez.

Dr. Michael Mayer, Thomas Rosspacher, Steffen Degler, Dr. Siegfried Facht, Niels Foitzik

Anlage/n

Keine